

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 51 | 21.12.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:

Felten/Kofler/Mayrhofer/Perner/Tumpel (Hrsg)

[Digitale Transformation im Wirtschafts- & Steuerrecht](#)

Industrie 4.0, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz: Dieses Handbuch bietet Ihnen die erste umfassende Identifizierung und Aufarbeitung von Rechtsfragen, die sich durch die digitale Transformation in den verschiedenen wirtschaftsrelevanten Bereichen stellen. [436 Seiten, Linde Verlag, ISBN 9783707339956, 68 EUR]

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 338/2018](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control betreffend Zuordnung, Erstellung und Anpassung von standardisierten Lastprofilen (**Lastprofilverordnung 2018** – LPV 2018)

[BGBl II 344/2018 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die Übertragung der operationellen Abwicklung der Ausgangsbestätigungen im Rahmen des sogenannten Touristenexportes an Unternehmen (**Zoll-Touristenexport-Informatikverordnung 2019** – Zoll-TE-Inf-V 2019)

[BGBl II 345/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus über die Bestimmung des Ökostromförderbeitrags für das Kalenderjahr 2019 (**Ökostromförderbeitragsverordnung 2019**)

[BGBl II 346/2018](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der zur Durchführung von wissenschaftlichen Versuchen eine von der Bestimmung des § 16 Abs. 2 der Bodenmarkierungsverordnung abweichende Ausführung eines Schutzweges für zulässig erklärt wird (**Verkehrsversuchsverordnung 3D-Schutzweg**)

[BGBl II 347/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz über die Lagerung von Aerosolpackungen in gewerblichen Betriebsanlagen (**Aerosolpackungslagerungsverordnung** – APLV)

[BGBl II 354/2018](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (**SNE-V 2018** - Novelle 2019)

[BGBl II 355/2018](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (**Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2019**, GSNE-VO 2013 – Novelle 2019)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 321 v 17.12.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer **Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation** (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1211/2009

[ABI L 321 v 17.12.2018, 36](#)

Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen **Kodex** für die **elektronische Kommunikation** (Neufassung)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

01.12.2018, [G 308/2018](#)

Bgld MindestsicherungsG; keine sachliche Rechtfertigung für **unterschiedlich hohe Mindestsicherungsansprüche** nach dem Bgld MindestsicherungsG durch Anknüpfung an eine 6-jährige Aufenthaltsdauer im Inland; mangelnde Berücksichtigung der Personenanzahl und des Bedarfs von mehreren in einem Haushalt lebenden Personen durch Deckelung des Mindeststandards pro Haushalt mit einem Fixbetrag von € 1.500,- ohne entsprechender Mindestabsicherung pro hinzukommender Person unsachlich

11.12.2018, [KR 1/2018](#), [KR 2/2018](#)

RechnungshofG; Stattgabe der Anträge auf Feststellung, dass der **Rechnungshof zur Überprüfung der Gebarung der Flughafen Wien Aktiengesellschaft** und der **Vienna Airport Technik GmbH** bezüglich Instandhaltung und Wartung der Infrastruktur befugt ist, in sämtliche Unterlagen dieser Gesellschaften Einsicht zu nehmen, wird insoweit stattgegeben, als diese Unterlagen die Gebarung im Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.05.2017 betreffen; Abweisung der darüber hinausgehenden Anträge betreffend den Zeitraum vom 01.06.2017 bis 27.02.2018; Flughafen Wien Aktiengesellschaft und Vienna Airport Technik GmbH sind schuldig, diese Einsichtnahme zu ermöglichen

11.12.2018, [G 156/2018](#)

Oö MindestsicherungsG; Unsachlichkeit der Berücksichtigung von Personen ohne Leistungsanspruch (-bezug) bei der Berechnung der **Summe der Mindeststandards bei Hausgemeinschaften** nach dem Oö MindestsicherungsG; keine Unsach-

lichkeit der Kürzung des Haushaltsgemeinschaften zukommenden Mindeststandards bei Überschreitung des vorgesehenen Höchstbetrags durch Normierung eines nicht unterschreitbaren Mindestbetrags je Haushaltsangehörigem

11.12.2018, [E 3717/2018](#)

StaatsbürgerschaftsG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Feststellung des **Verlusts** der österreichischen **Staatsbürgerschaft**; nicht authentische „Wählerevidenzliste“ kein taugliches Beweismittel für einen Wiedererwerb der türkischen Staatsangehörigkeit; Mitwirkungspflicht der Partei entbindet die Behörde nicht von ihrer Verpflichtung zur amtswegigen Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts

11.12.2018, [UA 2/2018](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Zurückweisung der Beschwerde eines RA und einer RA-Kanzlei wegen Verletzung in **Persönlichkeitsrechten** iZm dem **BVT-Untersuchungsausschuss** als verspätet und auch sonst unzulässig; keine Verletzung in Persönlichkeitsrechten der bf Parteien durch das bekämpfte Verhalten möglich; im Fall der Übermittlung von Informationen an einen Untersuchungsausschuss des Nationalrats ist darüber hinaus nur das informationspflichtige Organ (unter bestimmten Voraussetzungen) berechtigt, den VfGH wegen behaupteter Rechtswidrigkeit der Klassifizierung der dem Nationalrat zugeleiteten Informationen anzurufen, nicht aber ein von den übermittelten Informationen Betroffener

11.12.2018, [UA 3/2018](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Verpflichtung der Finanzprokurator dem **Untersuchungsausschuss** zur Untersuchung der politischen Verantwortung iZm dem Kampfflugzeugsystem „Eurofighter Typhoon“ von Anfang 2000 bis Ende 2017 alle Akten und Unterlagen betreffend die „**Task Force Eurofighter**“ vorzulegen; die Finanzprokurator ist nicht gehindert, sich gegenüber dem Eurofighter-U-Ausschuss auf die Ausnahmebestimmung des Art 53 Abs 4 B-VG zu berufen, wonach die Verpflichtung zur Vorlage von Akten und Unterlagen nicht besteht, „soweit die rechtmäßige Willensbildung der Bundesregierung oder von einzelnen ihrer Mitglieder oder ihre unmittelbare Vorbereitung beeinträchtigt wird“; ob diese Regelung der Vorlageverpflichtung der Finanzprokurator entgegensteht, kann im Streitfall zum Gegenstand eines weiteren Verfahrens vor dem VfGH gemacht werden

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

06.11.2018, [Ro 2018/01/0011](#)

ZustellG; nach § 35 Abs 5 ZustG gilt bei einer (**elektronischen**) **Zustellung** mit Zustellnachweis durch einen Zustelldienst ein zur Abholung bereitgehaltenes Dokument spätestens mit seiner Abholung als zugestellt; durch das Wort „spätestens“ wird klargestellt, dass sich aus den folgenden Abs 6 und 7 des § 35 leg cit ergeben kann, dass die Zustellung bereits zu einem früheren Zeitpunkt wirksam geworden ist; idS legt § 35 Abs 5 leg cit den letztmöglichen Zustellzeitpunkt fest; nach den Abs 6 und 7 des § 35 leg cit kann die Zustellwirkung jedoch schon zu einem früheren Zeitpunkt eintreten

13.11.2018, [Ra 2018/03/0099](#)

WaffenG; **Entzug der Waffenbesitzkarte**, wegen Nichtaufweisens der erforderlichen Verlässlichkeit iSd § 8 Abs 1 WaffenG; der Entzug stellt eine administrative Maßnahme dar, die insb sicherstellen soll, dass die maßgeblichen waffenrechtlichen Rechtsvorschriften sowie die darauf gegründeten Verhaltensweisen beachtet werden; die Verlässlichkeit wird durch eine Prognose voraussichtlicher zukünftiger Verhaltensweisen beurteilt; in diese Prognose haben die gesamte Geisteshaltung und Sinnesart, konkrete Verhaltensweisen und Charaktereigenschaften der zu beurteilenden Person einzufließen; nicht aber ein Werturteil über ihr Handeln im Einzelfall; bei der Prüfung ist ein strenger Maßstab anzulegen; das Verhalten des Bf lässt insb erkennen, dass er nicht bereit ist, die maßgeblichen waffenrechtlichen Rechtsvorschriften einzuhalten

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 13.12.2018, [LVwG-851045](#)

GewO; ist beabsichtigt, das **Gastgewerbe** an einzelnen Kulturveranstaltungstagen, die in den Monaten Mai bis September stattfinden und sich insgesamt nicht über 28 Tage erstrecken, derart auszuüben, dass die hierfür benötigten Einrichtungen wie Bars, Ausschank und Stehtische nicht nach jedem Veranstaltungstag abgebaut werden, sondern dauerhaft aufgestellt

bleiben und die Bf für den gesamten Zeitraum in einer ständigen Geschäftsbeziehung mit einem Catering-Unternehmen stehen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Betriebsanlage iSd § 74 Abs 1 GewO **bloß vorübergehend der Entfaltung der gewerblichen Tätigkeit** dient

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Vbg 06.12.2018, [LVwG-414-14/2018-R1](#)

GewO; AVG; aus der Formulierung des § 356 Abs 1 letzter Satz GewO kann geschlossen werden, dass die **Kundmachung** entweder durch **Anschläge oder durch persönliche Verständigung** sämtlicher Nachbarn zu erfolgen hat; der Gesetzgeber hat sich ausdrücklich auf den Anschlag iSd Z 3 und 4 bezogen; demnach kann es nicht im Belieben der Behörde stehen, welche Nachbarn durch Anschlag bzw durch persönliche Verständigung benachrichtigt werden; § 356 Abs 1 Z 3 leg cit setzt im Gegensatz zur Z 4 leg cit nicht voraus, dass das Betriebsgrundstück bebaut ist; da die Betriebsanlage (im Fall der Neugenehmigung) vor der Errichtung der Baulichkeiten auf dem Betriebsgrundstück zu genehmigen ist, zielt diese Kundmachungsform klar auch auf unbebaute Betriebsgrundstücke ab; auch ein Anschlag an einem ungenutzten bzw unbewohnten Objekt entfaltet eine Kundmachungswirkung gegenüber dem Eigentümer und allenfalls auch gegenüber Dritten

LVwG Tir 22.11.2018, [LVwG-2018/44/1699-4](#)

AbfallwirtschaftsG; bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für den Bestand einer **Bodenaushubschüttung** im Entscheidungszeitpunkt, ist nicht aufgrund einer allfälligen **früheren Rechtswidrigkeit** mit einem Beseitigungsauftrag vorzugehen; eine Auslegung des § 15 Abs 4a AbfallwirtschaftsG, die dazu führt, dass Bodenaushub entfernt werden müsste und unmittelbar anschließend in gleicher Weise wieder legal als naturschutzrechtlich bewilligte zulässige Verwertung eingebracht werden dürfte, ist ökonomisch und ökologisch absurd und kann dem Gesetzgeber nicht unterstellt werden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.12.2018, Rs C-216/17, *Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato – Antitrust und Coopservice*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/18/EG – Art 1 Abs 5 – Art 32 Abs 2 – **Vergabe öffentlicher Bauaufträge**, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – **Rahmenvereinbarungen** – Klausel zur Erweiterung der Rahmenvereinbarung auf andere öffentliche Auftraggeber – Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung der Wirtschaftsteilnehmer – Fehlende Bestimmung der Menge der öffentlichen **Folgeaufträge** oder Bestimmung unter Bezugnahme auf den normalen Bedarf der die Rahmenvereinbarung nicht unterzeichnenden öffentlichen Auftraggeber – Verbot

[19.12.2018, Rs C-219/17, *Berlusconi und Fininvest*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Beaufsichtigung von Kreditinstituten** – Erwerb einer qualifizierten Beteiligung an einem Kreditinstitut – Von der Richtlinie 2013/36/EU sowie den Verordnungen (EU) Nr 1024/2013 und 468/2014 geregeltes Verfahren – Mehrteiliges Verwaltungsverfahren – Ausschließliche Entscheidungsbefugnis der Europäischen Zentralbank (**EZB**) – Klage gegen vorbereitende Handlungen der zuständigen nationalen Behörde – Vorwurf einer Verletzung der Rechtskraft einer nationalen Entscheidung

[19.12.2018, Rs C-367/17, *S*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Verordnung (EG) Nr 510/2006 – Art 4 Abs 2 Buchst e – Verordnung (EU) Nr 1151/2012 – Art 7 Abs 1 Buchst e – Schutz von geografischen Angaben und **Ursprungsbezeichnungen** – Antrag auf Änderung der Produktspezifikation – Schinken aus dem Schwarzwald, Deutschland („Schwarzwälder Schinken“) – Bestimmungen über die Aufmachung im **Herstellungsgebiet** – Anwendbarkeit der Verordnung (EG) Nr 510/2006 oder der Verordnung (EU) Nr 1151/2012

[19.12.2018, Rs C-374/17, A-Brauerei](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – Grunderwerbsteuer – Befreiung – Übergang des Eigentums an einem **Grundstück** aufgrund von Umwandlungsvorgängen innerhalb bestimmter Konzerne – Begriff der staatlichen Beihilfe – Voraussetzung der Selektivität – Rechtfertigung

[19.12.2018, Rs C-375/17, Stanley International Betting und Stanleybet Malta](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 und 56 AEUV – Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr – **Glücksspiel** – **Konzession** für die Veranstaltung automatisierter Lotterien und anderer Zahlenglücksspiele mit fester Quote, die nur einem Konzessionsnehmer erteilt wird – Beschränkung – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – **Verhältnismäßigkeit**

[19.12.2018, Rs C-414/17, AREX CZ](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst b Ziff i und iii – Art 3 Abs 1 – Inngemeinschaftlicher Erwerb **verbrauchsteuerpflichtiger Waren** – Art 138 Abs 1 und Abs 2 Buchst b – Inngemeinschaftliche Lieferungen – **Reihengeschäfte** mit einer einzigen Beförderung – Zuordnung der Beförderung – Beförderung im Verfahren der **Steueraussetzung** – Auswirkung auf die Einstufung eines inngemeinschaftlichen Erwerbs

[19.12.2018, Rs C-422/17, Skarpa Travel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Harmonisierung des Steuerrechts – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – **Steuertatbestand** – Sonderregelung für **Reisebüros** – Art 65 und 308 – Von einem Reisebüro erzielte Marge – Bestimmung der Marge – Anzahlungen vor der Erbringung von Reiseleistungen durch das Reisebüro – Dem Reisebüro tatsächlich entstandene Kosten

[19.12.2018, Rs C-530/17 P, Azarov / Rat](#)

Rechtsmittel – Restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der **Ukraine** – **Einfrieren von Geldern** und wirtschaftlichen Ressourcen – Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden – Aufnahme des Namens des **Rechtsmittelführers** – Beschluss einer Behörde eines Drittstaats – Verpflichtung des Rates, zu prüfen, ob dieser Beschluss unter Wahrung der Verteidigungsrechte und des Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz gefasst wurde

[19.12.2018, Rs C-552/17, Alpenchalets Resorts](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Harmonisierung des **Steuerrechts** – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Sonderregelung für **Reisebüros** – Bereitstellung einer von anderen Steuerpflichtigen gemieteten **Ferienwohnung** – Zusätzliche Leistungen – Wesen einer Leistung als Haupt- oder Nebenleistung – Ermäßigte Steuersätze – Von einem Reisebüro im eigenen Namen zur Verfügung gestellte Unterkunft

[19.12.2018, Rs C-572/17, Syed](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 4 Abs 1 – Verbreitungsrecht – Verletzung – Zum Verkauf bestimmte Waren mit einem urheberrechtlich geschützten Motiv – **Lagerung** zu kommerziellen Zwecken – Vom Verkaufsort getrenntes Lager

[19.12.2018, Rs C-667/17, Cadeddu](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verordnung (EG) Nr 1083/2006** – Art 2 Nr 4 – Begriff ‚Begünstigter‘ – Art 80 – Verbot, die gezahlten Beträge durch Abzüge oder Einbehalte zu verringern – Andere spezifische Abgabe oder Ähnliches – Begriff – Vom Europäischen Sozialfonds kofinanzierte **Studienbeihilfe** – Gleichsetzung mit Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit – Einbehaltung einer Vorauszahlung auf die **Einkommensteuer** zuzüglich Steuern der Region und der Gemeinde

[19.12.2018, Rs C-17/18, Mailat](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuer – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 19, Art 29 und Art 135 Abs 1 Buchst I – Übertragung eines Gesamt- oder Teilvermögens – **Steuerbefreiung der Vermietung von Grundstücken** – Pacht-

vertrag über eine für einen Geschäftsbetrieb genutzte Immobilie und die für diesen Betrieb erforderlichen beweglichen Gegenstände – Leistungen in Bezug auf die Immobilie, die zu einem **Vorsteuerabzug** berechtigten – Berichtigung

19.12.2018, Rs C-51/18, Kommission / Österreich

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Steuer – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 – Verwaltungspraxis, wonach die dem **Urheber** des Originals eines Kunstwerks zustehende Folgerechtsvergütung der Mehrwertsteuer unterworfen wird

B. SCHLUSSANTRÄGE

19.12.2018, Rs C-40/17, Fashion ID (GA Bobek)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 95/46/EG – **Schutz der personenbezogenen Daten** der Nutzer von Webseiten – Klagebefugnis eines Verbraucherschutzverbandes – Haftung des Betreibers einer **Webseite** – Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte – Eingebundenes Plugin – **Facebook-,Gefällt mir'-Button** – Berechtigte Interessen – Einwilligung der betroffenen Person – Informationspflicht

19.12.2018, Rs C-431/17, Monachos Eirinaios (GA Sharpston)

Richtlinie 98/5/EG – Art 3 – Art 6 – Eintragung eines **Mönchs als Rechtsanwalt** in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem er seine Berufsqualifikation erworben hat – Nationale Vorschriften, die die Eintragung ausschließen

19.12.2018, Rs C-681/17, slewo (GA Saugmandsgaard ØE)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2011/83/EU – Art 6 Abs 1 Buchst k und Art 16 Buchst e – Im **Fernabsatz** geschlossener Vertrag – **Widerrufsrecht** – Ausnahmen – Versiegelte Waren, die aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder aus Hygienegründen nicht zur Rückgabe geeignet sind – Etwaige Einbeziehung einer Matratze, deren Schutzfolie nach der Lieferung entfernt wurde – Voraussetzungen für die Einstufung einer Ware als mit einer **Versiegelung** versehen – Umfang der Verpflichtung, den Verbraucher über den Verlust seines Widerrufsrechts zu informieren

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

18.12.2018, Beschwerde Nr 36658/05, Murtazaliyeva / Russland (GK)

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verurteilung** der Bf wegen **terroristischer Betätigung**; die Bf war angeblich nicht in der Lage, während des Prozesses ein **Videoband** anzusehen; **Überprüfung** der Richtigkeit der Transkripte des Videobands auch durch das Anhören der **Audioaufnahme** möglich; keine Verletzung von Art 6 EMRK; **Ablehnung** der nationalen Gerichte, zwei **Zeugen** während des Prozesses zu zulassen; keine Klarstellung durch die Verteidigung, warum die beiden Zeugenaussagen ihre Position erheblich stärken würden; die nationalen Gerichte haben ihre **Entscheidungen** ausreichend **begründet**; keine Verletzung von Art 6 EMRK

18.12.2018, Beschwerde Nr 76550/13 ua, Saber und Boughassal / Spanien

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Ausweisung** zweier verurteilter marokkanischer **Staatsbürger** (Bf) aus Spanien; **fehlende Prüfung** der **Notwendigkeit** der Ausweisungen; **keine Abwägung** durch die nationalen Behörden, ob die Ausweisungen in einem **angemessenen Verhältnis** zu den legitimen Zielen standen

19.12.2018, Beschwerde Nr [20452/14](#), Griechenland (GK)

Verletzung von Art 14 EMRK (Diskriminierungsverbot) iVm Art 1 1. ZPEMRK (Eigentumsfreiheit); **Scharia-Gericht** sprach das Erbe des muslimischen Ehemannes der Bf, entgegen des **griechischen Zivilrechts**, der Familie des Verstorbenen zu; die Bf war im Testament ihres Ehemannes als **Alleinerbin** eingesetzt; **unterschiedliche Behandlung** der Bf aufgrund der **Religion** ist nicht objektiv und vernünftig gerechtfertigt; (bisher) **fehlende Möglichkeit** für Angehörige einer religiösen Minderheit, sich **freiwillig zu entscheiden** und vom gewöhnlichen Recht Gebrauch zu machen, bedeutete auch eine Verletzung von Rechten im Bereich des **Minderheitenschutzes** (Recht auf freie Selbstbestimmung)

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.